

„nicht in jedem Fall abzulehnen“. Bei der ethischen Bewertung seien aber eine Reihe anderer Aspekte zu bedenken.

Beide Bischofskonferenzen nähern sich damit einer Position an, die für die deutschsprachige Moraltheologie in den letzten 10 bis 15 Jahren bereits selbstverständlich geworden war (Egenter, Böckle, Ziegler, Gründel, Reiter u. a. m.). Da aber die Mitteilung Roms an die Bischofskonferenzen, die Glaubenskongregation bereite ein eigenes Dokument vor, die Bischofskonferenzen möchten deshalb dieses abwarten und auf eigene Erklärungen verzichten, mit der Verlautbarung der österreichischen Bischöfe offenbar ursächlich zusammenhängend, ist nicht anzunehmen, daß sich das für Frühjahr 1986 zu erwartende Dokument der Glaubenskongregation in diesem Punkte groß bewegt.

Eine restriktive Haltung der Kirche in so delikaten Fragen mit im einzelnen noch nicht genau abzuschätzenden Folgen ist verständlich. Aber die Kirche würde sich selbst weitgehend die Möglichkeit nehmen, auf die verschiedenen, von der extrakorporalen Befruchtung neu aufgeworfenen Fragen einzuwirken, würde sich aus einer nur schwer verständlich zu machenden anthropologischen Position heraus (mit der Begründung, die extrakorporale Befruchtung widerspreche als technischer Vorgang der Natur der ehelichen Liebe bzw. des ehelichen Aktes), den Vorgang *als in sich moralisch unstatthaft* abzulehnen.

Ein Modell, wie es *Manfred Stauber* an der Frauenklinik der FU Berlin praktiziert (Eingriff nur innerhalb der Familienstruktur, Übertragung aller befruchteten Embryos, kein Tiefrieren und keine Manipulation an Embryos,

keine Indikation bei instabiler psychischer Situation, vgl. Stauber in „Frankfurter Rundschau“, 9. 12. 84), müßte auch für die lehramtliche Position der katholischen Kirche keine unüberwindliche Hürde sein. Je weniger unhaltbare Positionen aufgerichtet werden, um so glaubwürdiger ist die Stimme der Kirche, wenn es um die Vermeidung bzw. Unterbindung von Mißbräuchen geht.

Da es sich bei der extrakorporalen Befruchtung überdies durchwegs um Grenzprobleme handelt, von denen jeweils nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung überhaupt betroffen sein kann, sollte sich die Kirche in ihren Stellungnahmen nicht nur auf ihr moralisches Wächteramt, sondern auf die *pastorale Aufgabe des rechten Ratens und Motivierens* besinnen. Kundige leugnen nicht, daß es gelegentlich ein nicht gerade heilige Allianz zwischen medizinischem Forschungserfolgehrgeiz und einem nicht in jeder Beziehung gesunden, unbedingten Willen zum Kind gibt. Demgegenüber Eltern zu vermitteln, daß ein Kinderwunsch zwar verständlich ist – man soll dahinter nicht gleich à la Petersen eine Disposition zu neurotischem Verhalten vermuten –, daß es aber auch andere Wege gibt, mit Sterilität umzugehen und dennoch zu einem erfüllten Leben zu finden, bleibt eine gerade von der Kirche zu erfüllende Aufgabe. Bei allem Beraten und Motivieren kann gerade die Kirche dem Wohl des Kindes gegenüber allzu individualistischen Formen von Kindesliebe und Kinderwunsch geltend machen. Hier richtig zu beraten und in der kirchlichen Verkündigung und im Umgang untereinander ein entsprechendes humanes Klima zu fördern, ist mindestens so wichtig wie die Einschärfung abstrakter, vornehmlich deduktiv erarbeiteter Normen.

David Seeber

Kurzinformationen

Die Theologie der Befreiung und ihr (Un-)Verhältnis zur katholischen Soziallehre waren Thema einer Akademietagung in Walberberg.

Die von der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* gemeinsam mit der Thomas-Morus-Akademie in Walberberg veranstaltete Studienkonferenz (13./14. Februar) ließ auch diesmal die unterschiedlichen Standpunkte von Befürwortern und Gegnern in Lateinamerika wie in der Bundesrepublik, aber auch die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit eines Dialogs deutlich werden. Der brasilianische Befreiungstheologe *João Batista Libanio SJ* unterschied in der noch nicht eigentlich systematisierten Befreiungstheologie einen vorthelogischen Bereich, der u. a. die sozioanalytische Vermittlung der lateinamerikanischen Wirklichkeit umfasse. Dazu verwendeten einige Theologen Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse, weil sie der Überzeugung seien, daß diese zur Erhellung entscheidend vom Kapitalismus geprägter sozia-

ler Mechanismen und Strukturen am besten taue. Der spezifisch theologische Ansatz der Befreiungstheologie versuche in einem dialektischen Prozeß, die vorgefundene Situation mit der göttlichen Offenbarung zu konfrontieren. Der Weihbischof von Lima/Peru, *Germán Schmitz*, zeigte Grundzüge einer befreienden Evangelisierung als angemessene Antwort auf die pastorale Herausforderung der Kirche in Lateinamerika auf. Seine pastorale Arbeit in den armen Vorstädten von Lima sei entscheidend von der Befreiungstheologie inspiriert. Er stehe *Gustavo Gutierrez* und dessen Theologie seit vielen Jahren nahe, in dieser Theologie finde er nichts, was das Glaubensgut der Kirche verletze. Der vorsichtigen Mahnung des Bischofs, die befreiende Evangelisierung könne in ihrer Tiefe nur der verstehen, der Armut und Elend Lateinamerikas wirklich kenne, folgte sein Appell, Polarisierungen zu vermeiden und Anfragen an die lateinamerikanische Kirche und Theologie in dem brüderlichen Geist zu stellen, wie es durch Bischof Kamphaus

(vgl. HK, April 1985, 171–177) beispielhaft geschehen sei. So habe auch der gastgebende Bischof des jüngsten Kongresses über eine Theologie der Versöhnung in Peru, Bischof *Ricardo Durand SJ* von Callao, das Treffen ausdrücklich nicht als „Gegenversammlung“ sehen wollen. An dem Theologentreffen Mitte Januar hatten maßgebliche und militante Gegner der Theologie der Befreiung wie der kolumbianische Kardinal *Alfonso Lopez Trujillo* teilgenommen. Als problematisch erwies sich der Versuch des chilenischen Sozialwissenschaftlers *Renato Poblete SJ*, klärende Zusammenhänge zwischen der katholischen Soziallehre und der Theologie der Befreiung herzustellen. Er warf der Theologie der Befreiung pauschal vor, sie verfolge das Ziel eines utopischen Sozialismus auf dem Weg des Klassenkampfes. Dem stellte er die globale Forderung nach gesellschaftlichem Konsens und einem neuen Ethos gegenüber, das auf dem Boden der katholischen Soziallehre den Weg aus dem Konflikt zur Versöhnung weise.

Auf einer ersten „Europäischen Tagung Wallfahrt“ befaßten sich vom 8.–10. Januar in Einsiedeln Wallfahrtsleiter und Rektoren von Wallfahrtsorten aus 14 europäischen Ländern mit dem Thema „Wallfahrt und Evangelisierung Europas“.

Von einer kleinen Arbeitsgruppe im Auftrag des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) vorbereitet, wurde auf der Tagung gefragt: „Wie können wir als Wallfahrtsleiter, als Betreuer von Heiligtümern und Wallfahrtsorten mithelfen, die Botschaft des Evangeliums unseres Herrn Jesus Christus in unser säkularisiertes und entchristlichtes Europa hineinzutragen? Wie können wir mithelfen, Europa zu evangelisieren?“ Von der Thematik her so gleichsam eine Fortsetzungstagung des VI. Symposiums der europäischen Bischöfe über „Säkularisierung‘ und Evangelisierung in Europa heute“ (vgl. HK, November 1985, 302–304) geht die Tagung indes auf die Idee einer „europäischen Wallfahrtsbewegung“ zurück: Die mittelalterliche europäische Wallfahrtsbewegung hatte zur Verchristlichung und zur Einheit Europas beigetragen, und an diese Erinnerung wurde die Frage geknüpft: Welchen Beitrag zu Europa können Wallfahrten und Heiligtümer heute leisten? Der damalige Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, der heutige Hildesheimer Bischof *Joseph Homeyer*, und der Sekretär des Rates der europäischen Bischofskonferenzen, Bischofsvikar *Ivo Fürer*, nahmen diese Idee auf und überlegten 1981 auf einer Zusammenkunft mit einigen Verantwortlichen für Wallfahrten und große Wallfahrtsorte, inwieweit Wallfahrten und geistliche Zentren zur Evangelisierung Europas beitragen könnten. Auf diese Zusammenkunft geht die „Europäische Tagung Wallfahrt“ zurück, die mit ihrer Thematik manche mit Wallfahrt Befasste zunächst etwas befremdete; jeder Wallfahrtsort sei von seiner Geschichte und seinen heutigen Pilgern her geprägt, so daß es schwierig sei, neue Gedanken einzubringen, gab Stiftspropst *Max Absmeier* von

Altötting auf der abschließenden Pressekonferenz zu bedenken. Den Tagungsteilnehmern sei aber klar geworden, meinte Bischofsvikar Fürer, daß es auch bei der Wallfahrt nicht mehr nur um „Bewahrung“ gehen dürfe, daß es vielmehr um eine neue Durchdringung Europas mit christlichen Werten gehen müsse. Konkrete Ergebnisse konnte diese Tagung allerdings nicht erbringen, hieß es zum Schluß, denn „die Situation in den einzelnen Ländern ist zu verschieden“. Erwartet wird aber zumindest, daß sich die Teilnehmer die Mühe nehmen werden, das für ihre Wallfahrt und ihren Wallfahrtsort Geeignete zu verwirklichen; zudem soll die Tagung zu einem späteren Zeitpunkt weitergeführt werden, „um den begonnenen Gedankenaustausch zu vertiefen“.

Bei einer ökumenischen Fachtagung in Wien diskutierten Theologen verschiedener Konfessionen die in den „Lima-Texten“ ausgeklammerten Fragen des Bischofs- und Petrusamtes.

Auf der Tagung war in diesem für den Fortschritt der Ökumene so entscheidenden Fragen große Offenheit der teilnehmenden offiziellen Vertreter der genannten Kirchen festzustellen, zu der auch die im Verlauf der Tagung erfolgte Horizonterweiterung und vertiefte Problemsicht beigetragen haben mögen. Der die Einheit der christlichen Kirchen besonders behindernden päpstlichen Unfehlbarkeit und dem Jurisdiktionsprimat kamen dabei besondere Aufmerksamkeit zu. *Ulrich Kühn*, derzeit in Wien lehrender lutherischer Theologe, forderte von den Kirchen, die je eigene Tradition und gegenwärtige Praxis auf dem Verstehenshintergrund der Heiligen Schrift und des Lebens der Urgemeinden zu sehen und verwies auf den weder für Papstamt noch für Bischofsamt direkt nachzuweisenden Einsetzungsauftrag Christi. Trotzdem könne seiner Meinung nach ein künftiger Petrusdienst für die Gesamtkirche wirksam werden, der auf Rechtskompetenz und Unfehlbarkeitsanspruch verzichte und ins Kollegium der Bischöfe eingebunden sei. Ein solcher Dienst an der Einheit und an der Lehre stärke die Brüder und Schwestern und würde Zeugnis geben für die Versöhnung in der Welt. Der an der Münchner Theologischen Fakultät lehrende orthodoxe Theologe *Theodor Nikolaou* betonte die Möglichkeit einer Anerkennung des päpstlichen Ehrenprimates und des Dienstes an der Einheit durch die orthodoxen Kirchen. Gleichzeitig hob er aber die synodale Struktur dieser Kirchen und die einheitsstiftende Funktion der Bischöfe als Leiter der Ortskirchen hervor. Die höchste Autorität komme Ökumenischen Konzilien zu, an denen alle Bischöfe gleichgestellt teilnahmen. Eine Neuinterpretation der Unfehlbarkeit könne katholische und orthodoxe Tradition einander annähern. Die Zuordnung – nicht Unterordnung – aller Glieder des Leibes Christi zueinander betonte der Wiener katholische Dogmatiker *Raphael Schulte OSB*. Alle Gläubigen hätten Anteil am Amte Christi, auch Bischofs- und Papstamt seien nicht als übergeordnet zu sehen und umfaßten nicht die Fülle des Amtes Christi, der

der einzige Mittler zu Gott sei. Die beiden Ämter seien daher nur in Bildern beschreibbar, die Unfehlbarkeit sei für das Papstamt als Verheißung zu verstehen. Für ökumenische Bemühungen sei von den theologischen Grundlegungen durch das 2. Vatikanische Konzil – nicht das Erste – auszugehen.

Die französische katholische Tageszeitung „La Croix“ veröffentlichte Ergebnisse einer Umfrage zum Wahlverhalten bei den bevorstehenden Parlamentswahlen am 16. März.

81 Prozent der auf Grund eines repräsentativen Querschnitts befragten Franzosen (vgl. La Croix 14. 2. 86) bezeichneten sich als Katholiken, und zwar 15 Prozent als regelmäßig, 14 Prozent als gelegentlich und 52 Prozent als nicht Praktizierende. Unter die Kategorie „religionslos“ fallen demnach 16 Prozent. 86 Prozent der regelmäßig praktizierenden Katholiken wollen für die Parteien der Rechten votieren, 14 für die der Linken, während sich 1977 noch 74 und 1981 79 für die Rechte und 24 bzw. 17 Prozent für die Linke aussprachen. Darin drückt sich eine massive Präferenz der regelmäßig praktizierenden Katholiken für die Parteien der Rechten aus: Im Bevölkerungsdurchschnitt geben „nur“ 57 Prozent der Franzosen an, daß sie Parteien der Rechten, und immerhin 41 Prozent, daß sie Parteien der Linken ihre Stimmen geben wollen. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen von 1977 und 1981 bedeutet dies einen weiteren Rückgang der Stimmen von praktizierenden Katholiken für die Linke. Vier Prozent dieser Personengruppe gibt im übrigen an, die Kommunistische Partei wählen zu wollen, im Durchschnitt aller Katholiken sind dies 9,5 Prozent. Acht Prozent aller Katholiken wollen für den rechtsextremistischen Front National stimmen. Die Frage der *Arbeitslosigkeit* wird mit weitem Abstand als die zum Zeitpunkt der Wahl wichtigste Frage bezeichnet, und zwar von 82 Prozent aller Katholiken. Der Einfluß der Kirche auf das politische Leben wird von nur 25 Prozent aller Katholiken als sehr oder einigermaßen wichtig bezeichnet, 66 Prozent halten diesen für nicht sehr oder gar nicht wichtig. Vergleiche mit ähnlichen Befragungen aus den Jahren 1966 und 1977 zeigen, daß ein entsprechender kirchlicher Einfluß zunehmend als unbedeutender eingestuft wird: Auch unter den regelmäßig praktizierenden Katholiken überwiegt deutlich die Zahl derer, die diesen Einfluß für eher unwichtig halten.

In der Tschechoslowakei ist es zu einer neuerlichen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche gekommen.

Nachdem die Methodiusfeiern vom vergangenen Jahr (vgl. HK, August 1985, 348) den tschechoslowakischen Staat vor nicht geringe Probleme gestellt hatten, war in der kommunistischen Zeitschrift „Fragen des Friedens und des Sozialismus“ ein Artikel erschienen, in dem die Kirche schwer angegriffen wurde. Vor allem wurde darin behauptet, daß „imperialistische Kräfte“ sich bemühten, „aus der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei

ein potentielles Zentrum antisozialistischer Opposition zu machen“. Der Erzbischof von Prag, Kardinal *František Tomášek*, verwahrte sich daraufhin in einem Brief an die Zeitschrift gegen die in dem Beitrag erhobenen Vorwürfe (Text des Briefes in Publik-Forum v. 14. 2. 86, S. 27 f.). Tomášek betont, daß nicht die Organisation politischer Opposition Ziel der Kirche sei, sondern eine „normale Evangelisations- und Pastoralarbeit“. Es sei nicht die Schuld der Kirche gewesen, wenn bei den Feiern in Velehrad politisch ausgerichtete Äußerungen gefallen seien, und zwar seitens der staatlichen Behörden, die sich bemüht hätten, aus dem Jubiläum eine politische Sache zu machen. In dem Zusammenhang beklagt Tomášek sich über die wiederholten Eingriffe staatlicher Stellen in kirchliche Angelegenheiten. Diese Staatsaufsicht habe derart „absurde Ausmaße“ angenommen, daß sie auch in das persönliche, private religiöse Leben eingreife. Im weiteren Verlauf des Briefes geht Tomášek auf verschiedene Behinderungen der kirchlichen Arbeit durch den Staat ein: Registrierung von praktizierenden Katholiken, Benachteiligung in Ausbildung und Beruf, Beschränkungen in der publizistischen Arbeit der Kirche, Verhinderung der Wiederbesetzung von vakanten Bischofssitzen. Die Zeitschrift veröffentlichte diesen Brief Tomášeks nicht, antwortete ihm jedoch in einem Schreiben, das in der Zeitschrift „Marxistische Rundschau“ veröffentlicht wurde und von dem allen Priestern des Landes Kopien zugeschickt wurden. Die Vorwürfe Tomášeks an die Regierung werden darin zurückgewiesen. Außerdem wird dem Prager Erzbischof „staatsfeindliches Verhalten“ vorgeworfen.

In Guatemala haben auch unter der neuen zivilen Regierung Entführungen und Morde durch Angehörige der Sicherheitskräfte und paramilitärische Gruppen nicht aufgehört.

Zwar hat Präsident *Vinicio Cerezo* die Geheimpolizei aufgelöst, die für Tausende von Morden verantwortlich sein soll, und 600 Mitglieder vorläufig festnehmen lassen. Die Vereinigung Demokratischer Journalisten von Guatemala teilte jedoch in Costa Rica mit, in der ersten Woche nach der Amtsübernahme Cerezos Mitte Januar seien wieder 16 Menschen ermordet worden, darunter Bauernführer und mehrere Lehrer. Die Leichen trügen zum Teil Anzeichen von Folterungen. Auch sei die „Antikommunistische Geheimarmee“ nach wie vor tätig. Wie der neue Innenminister *Rodil Perla* bekanntgab, sind in Guatemala seit 1983 mindestens 1600 Menschen verschwunden. Er versicherte, die Schuldigen würden vor Gericht gestellt. Die scheidende Militärregierung hatte kurz vor ihrem Rücktritt noch eine umfassende Amnestie für gewöhnliche Kriminelle und politische Häftlinge dekretiert. – Über die andauernde Verfolgung der katholischen Kirche in Guatemala berichtete *Carmen Romero*, Mitglied einer guatemalteckischen Menschenrechtsgruppe vor Journalisten in Wien. Hingegen könnten sich fundamentalistische Sekten ungehindert im Land ausbreiten.

Auch die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International erwähnt in einem Aufruf an die neue Regierung, die Menschenrechte zu wahren, vor allem die katholische Kirche und die Gewerkschaften seien zunehmend Opfer staatlicher Repression geworden. – Die guatemaltekische Bischofskonferenz erwägt, unter der neuen Regierung ein Menschenrechtsbüro einzurichten, was zur Zeit der Militärregierung nicht möglich gewesen sei. Wie der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Juan Gerardi*,

mitteilte, soll das Büro nach dem Vorbild von „Tutela Legal“ in der Hauptstadt des Nachbarlandes El Salvador arbeiten. Die Bischöfe hatten in ihrem Hirtenbrief zur Wahl geschrieben, die Situation der Guatemalteken sei „nicht weit von Sklaverei und Verzweiflung entfernt ... Noch nie hat sich das guatemaltekische Volk so ungeschützt und so abhängig gefühlt. Man hat auch noch nie mit solcher Dreistigkeit gelogen, betrogen und andere überlistet.“

Bücher

LUDWIG WATZAL. *Die Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland*. Matthias-Grünewald-Verlag / Chr. Kaiser Verlag, Mainz / München 1985. 416 S. 42,00 DM.

Auferstehung Jesu – Auferstehung der Christen. Deutungen des Osterglaubens. Herausgegeben von Lorenz Oberlinner. *Quaestiones disputatae* Band 105. Verlag Herder Freiburg – Basel – Wien 1986. 200 S. 29,80 DM.

Es gibt Bücher, bei deren Lektüre man sich fragt, warum sie nicht schon eher veröffentlicht worden sind; ihr Thema drängt sich geradezu auf. So ist es auch mit der Arbeit von Watzal über die Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in der Bundesrepublik. Ausgehend von einer Darstellung der Entwicklungsproblematik aus politikwissenschaftlicher Sicht zeichnet Watzal die Entstehung eines entwicklungspolitischen Bewußtseins in der katholischen Kirche nach und stellt vor, was er die „Konzeption der Entwicklungspolitik der katholischen Kirche“ nennt. Den größten Teil der Arbeit macht die Vorstellung verschiedenster katholischer Einrichtungen aus, die im Entwicklungsbereich tätig sind: angefangen von Misereor und Adveniat über Justitia et Pax/KAEP und den verschiedenen Verbänden (Kolping, Caritas, BDKJ, Pax Christi u. a.) bis zu Missio und dem Deutschen Katholischen Missionsrat. Bei der Überprüfung des katholischen Entwicklungsverständnisses bzw. dessen, was der Autor dafür hält, am veröffentlichten Teil der Arbeit dieser Organisationen kommt Watzal zu dem nicht gerade bescheidenen Befund, daß „das herkömmliche Entwicklungsverständnis radikal zu ändern“ sei. Seiner Ansicht nach müsse die Ausrichtung an einer „personalen Entwicklungshilfe“ deutlicher im Zentrum stehen. In der Entwicklungsarbeit komme „der Mensch als individuelle Einheit, der letztendlich Person ist und eine transzendente Bestimmung hat“ zu kurz. Spätestens hier wird deutlich, daß diese Arbeit von einer seltsam anmutenden Dichotomisierung von geistiger und materieller Ausrichtung bei Entwicklungsstrategien geprägt ist. Mit der vorrangigen Orientierung am Individuum wird der Autor der von ihm selbst aufgezeigten Vieldimensionalität des Lebens nicht gerecht. Im übrigen fragt man sich bis zum Schluß, ob nicht allzu selbstsicher von der katholischen Konzeption von Entwicklungspolitik ausgegangen wird. Steht das, was im katholischen Raum dazu gedacht wird, nicht viel stärker in Verbindung mit außerkirchlichen Ansätzen, als es hier deutlich wird? *K. N.*

Am 17. Dezember 1985 vollendete der Freiburger Neutestamentler *Anton Vögtle* sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr. Der vorliegende Band mit Beiträgen aus dem Kreis seiner Schüler wurde ihm zu diesem Anlaß gewidmet. Es hat seinen guten Sinn, daß er in der Reihe der „*Quaestiones disputatae*“ erschienen ist: Schließlich hat Anton Vögtle mit anregenden und klärenden Arbeiten immer wieder auch umstrittene Fragen der exegetischen und theologischen Diskussion aufgegriffen. Man denke nur an seine Untersuchungen zu den neutestamentlichen Kindheitsgeschichten, zu den Aussagen des NT über die Zukunft des Kosmos und auch zur Entstehung des Auferstehungsglaubens. Diesem Thema gelten auch die Beiträge der Schülerfestschrift. Der Bogen spannt sich von Überlegungen zum alttestamentlich-jüdischen Hintergrund der Auferstehungsvorstellung über grundsätzliche Erwägungen zur Entstehung und zum Inhalt des Osterglaubens bis zu Untersuchungen einzelner Perikopen, in denen sich die Osterbotschaft mit ihren verschiedenen Facetten spiegelt. Behandelt werden u. a. die Perikope Mt 27, 51–54 (die wunderbaren Ereignisse nach dem Tod Jesu), die johanneische Darstellung des Geschehens am Ostermorgen und die lukianische Emmausgeschichte. Dabei wird durchweg das Ineinander von historischer Berichterstattung und theologischer Sinndeutung herausgearbeitet, durch die die Osterberichte die Brücke zur heutigen Verkündigung ermöglichen. Den diffizilen hermeneutischen und historischen Fragen im Zusammenhang mit der Entstehung und Formulierung des Osterglaubens gehen die Beiträge von *Ingo Broer* und *Lorenz Oberlinner* nach. Hält man die beiden Beiträge nebeneinander, wird deutlich, daß auf diesem Feld noch genug Stoff für weitere Diskussionen bleibt. Aber das ist auch kein Wunder: Schließlich liegt hier der entscheidende Knotenpunkt, an dem die Fragen nach der Entstehung des christlichen Glaubens zusammenlaufen. Daß dabei die Exegese auch weiterhin ihren Beitrag leisten muß, versteht sich von selbst. *U. R.*